

amtliche Bekanntmachung

044 K 006/23



AMTSGERICHT SCHWELM

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, den 24.05.2024, 10:00 Uhr,
im Amtsgericht Schwelm, Schulstraße 5, 1. Stock, Saal 107**

das im Grundbuch von Gevelsberg Blatt 11439 eingetragene Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

laufende Nr. 5 des Bestandsverzeichnisses: Gemarkung Gevelsberg, Flur 7, Flurstück 987, Gebäude- und Freifläche, Frielinghausen 1, 39 qm und Gemarkung Gevelsberg, Flur 7, Flurstück 988, Gebäude- und Freifläche, Frielinghausen 1, 224 qm

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich bei dem Versteigerungsobjekt um ein freistehendes Einfamilienhaus, nicht unterkellert mit ausgebauten Dachgeschoss; Wohnfläche 111 qm, Baujahr 2009, Pkw-Garage in Überlänge, teilweise zur Nutzung als Abstellraum, KFZ- Stellplatzfläche und Gartenfläche.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 28.02.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 440.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Schwelm, 26.02.2024